

Reinhold Mitterlehner wurde vor vier Jahren von Sebastian Kurz als ÖVP-Vorsitzender verdrängt. Im Interview spricht er über dessen Politikstil und den Umgang der Regierung mit der aktuellen Kritik.

Interview von [Cathrin Kahlweit](#), Wien

Der ehemalige ÖVP-Vorsitzende, Wirtschaftsminister und Vizekanzler Reinhold Mitterlehner ist 2017 von allen Funktionen zurückgetreten. In einem Buch mit dem Titel "Haltung", das derzeit in österreichischen Buchläden wieder stark nachgefragt ist, erklärt er, dass dies die Reaktion auf das innerparteiliche Vorgehen des damaligen Außenministers und späteren Kanzlers [Sebastian Kurz](#) war: Kurz habe aktiv seinen Sturz betrieben. Mitterlehner, der unlängst auch im Untersuchungsausschuss zur "möglichen Käuflichkeit der türkis-blauen Regierung" ausgesagt hat, geht nun in einem Interview mit der *Süddeutschen Zeitung* erneut sehr kritisch mit seinem Nachfolger ins Gericht.

SZ: Herr Mitterlehner, was hat Sie, als der Beschuldigtenstatus von Sebastian Kurz wegen möglicher Falschaussagen im Ibiza-Ausschuss bekannt wurde, mehr überrascht: Dass die Staatsanwaltschaft tatsächlich diese Anklage vorbereitet? Oder dass der Bundeskanzler gesagt hat, er werde keinesfalls zurücktreten?

Reinhold Mitterlehner: Ich bin nicht wirklich überrascht. Die strafrechtlichen Ermittlungen sind für mich der Höhepunkt einer Entwicklung, die sich schon länger abzeichnet. Es fehlt an Respekt gegenüber demokratischen und rechtlichen Institutionen. Neu, aber nicht überraschend ist für mich, dass sich der Kanzler mit der Bewertung, er habe ein "reines Gewissen", gleichermaßen selbst die Absolution erteilt, also jedenfalls im Amt bleiben will. Das finde ich schon im Hinblick auf den Ethik-Kodex der Partei nicht sonderlich stimmig.

Er argumentiert ja, er sei Opfer einer Kampagne der Parteien Neos und SPÖ - und die Staatsanwaltschaft führe, so klang es zumindest, deren Anliegen willfährig aus.

So geht Politik. Die Opposition greift doch immer die Regierung an und versucht, Fehler und Missstände aufzudecken. Die Staatsanwaltschaft ist aber nicht die Opposition. Ihr geht es darum, ob mit Blick auf die Chefpostenbesetzung bei der Staatsholding Öbag eine politische Einflussnahme seitens des Bundeskanzlers gegeben war. Angesichts der Widersprüche, die sich da offenbar ergeben haben, kann es nicht um die Selbsteinschätzung oder Meinung des Kanzlers, sondern nur um objektive Sachverhalte gehen. Deren Qualifikation ist Sache eines Rechtsorgans und nicht Kompetenz eines Politikers.

In seinem Buch "Haltung" attackiert Mitterlehner den österreichischen Kanzler.

(Foto: Hans Klaus Techt/dpa)

Politiker im In- und Ausland sind entsetzt, und doch hat Kurz in Umfragen immer noch 36 Prozent.

Dafür gibt es viele Gründe. In einer Pandemie werden starke Führungspersönlichkeiten gewünscht; Kurz hat am Anfang, so wie Söder, von der Krise politisch profitiert. Die Medien sind nicht zuletzt wegen der vielen Inserate fügsam; die Opposition ist eher schwach. Aber die Unterstützung für die [ÖVP](#) bröckelt, weil Anspruch und Wirklichkeit auseinanderklaffen. PR

und Managementqualitäten waren im Verlauf der Pandemie nicht im Einklang. Auch in der EU, wo sich Kurz nicht nur Freunde gemacht hat, wächst die Skepsis. Und dann ist da noch der Umgang mit der Macht, mit Postenbesetzungen und letztlich einem strapazierten Verhältnis zum Rechtsstaat.

Apropos Macht: Sie wurden 2017 von Kurz, der sehr strategisch eigene Ambitionen verfolgte, aus dem Amt gedrängt. Fühlen Sie sich hintergangen?

Ich fühlte mich hintergangen, weil der Erfolg der damaligen Regierungsarbeit regelrecht unterminiert und Streit von außen hineingetragen wurde. Da hat sich neben Kurz auch der heutige Parlamentspräsident Wolfgang Sobotka, der derzeit den Untersuchungsausschuss leitet, sehr hervorgetan. Die zwei Komponenten, die von Kurz und seinem Team aktiv geplant und umgesetzt worden waren - mangelnder Erfolg und interner Streit - waren dann auch die Gründe, warum es hieß, dass dringend ein grundlegender Wechsel in Österreich mit ihm an der Spitze stattfinden müsse. Weil in der Regierung nichts mehr weitergehe und weil ein anderer Stil kommen müsse ...

Um das deutschen Lesern genauer zu erklären: Damals gab es eine rot-schwarze Koalition, Christian Kern von der SPÖ war Bundeskanzler, Sie waren Vizekanzler. Nach Ihrer Lesart arbeiteten Sie gemeinsam an einem Paket von Gesetzen und Maßnahmen, das einiges voranbringen sollte. Dann kam Kurz, zerschoss das Projekt und bediente später das Narrativ: Die kriegen ja nichts hin.

Das ist eine ziemlich präzise Beschreibung.

Hat er damals hinter Ihrem Rücken gearbeitet oder Sie angelogen?

Es war ein zumindest problematischer Umgang mit der Wahrheit. Er hat die Arbeit der Partei mit einem Schattenteam hintergangen und uns, nachdem er Streit in die Partei trug, vorgeworfen, dass unsere Umfragewerte fallen.

Ist er ein Spieler?

Der Vergleich ist naheliegend. Sein Team hat seinen Aufstieg betrieben wie ein Spiel um die Macht. Mir ist bei der gesamten Öbag-Diskussion kein Chat bekannt geworden, wo es um inhaltlich-strategische Fragen ging. Das setzt sich bis heute fort, wo es immer wieder darum geht, sich selbst durchzusetzen, auf Umfragen, auf Wählerzustimmung zu schießen. Das sah man auch bei der Pandemie, bei der es nicht nurmehr darum ging, die Krise zu bewältigen, sondern immer auch darum, dass es der Kanzler war, der Wesentliches zur Problemlösung beigetragen hat. Deshalb durfte auch der grüne Gesundheitsminister nicht zu viele Lorbeeren einheimen.

Hat Kurz sich verkalkuliert, als er eine Koalition mit der FPÖ einging?

Das Marketing von Türkis-Blau hat anfangs gut funktioniert. Aber der Umgang mit dem Flüchtlingsthema hat die Gesellschaft weiter gespalten; die meisten Reformthemen sind inhaltlich offengeblieben.

Dann kam Ibiza, danach wagte Kurz den Befreiungsschlag und regierte mit den Grünen. Heute steckt die ÖVP in einem Berg von Skandalen und Ermittlungen. Was hat Kurz falsch gemacht?

Die harte Haltung in der Flüchtlingspolitik, etwa bei der Frage der Aufnahme von Kindern aus Moria, hat ihm geschadet, zumindest in Teilen der ÖVP. Es wird deutlich, dass Österreich nicht solidarisch reagiert. Internationale Spitzenkräfte machen einen Bogen um das Land.

Ist sein Leumund wegen der Ermittlungen nun beschädigt?

Er hat den Spieß in bewährter Form umgekehrt, sieht sich in der Opferrolle und behauptet, alle wollten ihn weghaben. Die Wahrheit ist eine andere: Noch ist die Justiz unabhängig, und sie ermittelt. Aber ich sehe zum Beispiel mit Sorge, dass der Parlamentspräsident vorgeschlagen hat, die Wahrheitspflicht im Untersuchungsausschuss abzuschaffen. Man nimmt hier den Rechtsstaat und seine Regeln zwar als gegeben, aber sieht ihn nicht zwingend als bindend für die eigene Partei an. Wenn Kurz sagt, dass es bei Urteilen des Verfassungsgerichts nur um "juristische Spitzfindigkeiten" gehe oder wenn er Hunderte Mitarbeiter anweist, sie mögen bitte im Namen des Kanzleramts eine Erklärung über nicht existente Dokumente abgeben, dann werden rechtliche Erfordernisse und Grundlagen schlicht negiert. Auch dass der Bundespräsident vom Verfassungsgericht um Unterstützung gegenüber dem Finanzminister angerufen werden muss, ist mehr als irritierend.

Kanzler und Finanzminister sagen, sie hätten doch nur die Daten von Mitarbeitern schützen wollen. Glauben Sie das?

Nicht wirklich. Die ÖVP hat den Untersuchungsausschuss stark unterschätzt. Sie hat versucht, auf Zeit zu spielen. Immer, wenn ein schwieriges Thema im Ausschuss aufpoppte, wurde von der Regierung ein anderes Thema gesetzt, um das zu überspielen. Auf Dauer nützt sich das aber ab.

Nimmt diese Regierung die Verfassung nicht ernst?

Sie hat ein problematisches Verhältnis zum Rechtsstaat.

Und nimmt die ÖVP den Reputationsverlust sehenden Auges in Kauf?

Kurz ist in der Volkspartei immer noch einigermaßen unangefochten. Die Partei hat sich ihm ausgeliefert, ist von seinen Werten und Erfolgen abhängig. Personelle Profilierungen finden nicht mehr statt, auch die Bundesländer sind abhängig von der Stimmung in Wien und ausgerichtet auf eine Person. Die Bünde, die Basis spielen kaum noch eine Rolle. Und auch die Landeshauptleute bringen sich nur noch ein, wenn es um die Interessen ihrer Länder geht. Aber der Erosionseffekt ist in Partei und Bevölkerung trotzdem nicht aufzuhalten.

Was treibt Kurz an?

Ich glaube, es geht vorrangig um die Macht, also die Verfügbarkeit über Ressourcen und Personen. Das motiviert das kleine Team rund um Kurz, das strategisch gut arbeitet. Die türkise Politik ist aber inhaltlich anders geworden, die Partei vertritt vorrangig die Besitzenden, sozialer Ausgleich hingegen steht immer weniger auf der Agenda. Das gilt von

der Flüchtlingspolitik bis zu den Arbeitslosen. Der christlich-soziale Anspruch scheint gelebte Vergangenheit zu sein. Abgesehen von den Inhalten hat der Kanzler noch ein politisches Zusatzproblem, weil er mit dem Ermittlungsverfahren belastet ist und nicht frei agieren kann. Der Faktor Wahrheit und Glaubwürdigkeit ist eine unverzichtbare Eigenschaft, ohne die ein Politiker langfristig nicht reüssieren kann. Ein Kanzler kann ja nicht für sich selbst den Wertekatalog der Partei und der Gesellschaft definieren. So ein Wertekatalog, der Voraussetzung ist für politische Führungstätigkeit, ist ein allgemeines Gut. Da ist die Glaubwürdigkeit, das Bekenntnis zur Wahrheit genauso wichtig wie das Faktum, nicht korrupt zu sein.

Ist Kurz ein Populist?

Ja. Was Wahlergebnisse angeht, kann das nützlich sein. Was den inneren Wertekatalog betrifft, gilt das eher weniger.

Sollte er angeklagt werden, würden Sie ihm raten, zurückzutreten?

Ich würde ihm raten, sein Amt ruhen zu lassen, bis die Angelegenheit entschieden ist. Es gilt die Unschuldsvermutung und es wäre ja möglich, dass er freigesprochen wird.